

## Rede der Fraktion BergAUF zum Doppelhaushalt 2012/2013 Wortlaut der gehaltenen Rede

Sehr verehrte Gäste auf der Tribüne, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

„Die Wirtschaft muss den Menschen dienen!“ forderte jüngst unsere weltbekannte Physikerin aus der Uckermark vor dem EU-Parlament.

Wenn schon die Wirtschaft den Menschen dienen muss, dann darf man diesen Anspruch erst recht an einen kommunalen Haushaltsplan stellen, in dem ja die politischen, sozialen, kulturellen Absichten in Form wirtschaftlicher Plandaten konzentriert zum Ausdruck kommen.

Gehen wir also der Frage nach, ob der vorliegende Haushaltsentwurf diesem Anspruch genügt.

Ein Double-A-Ranking würden wir vergeben für die gesamten Sach- und Dienstleistungen im Rahmen der Schulträgeraufgaben von insgesamt rund 4 Mio. für die getätigten Ausgaben für Kinderbildung, den Sportplatzumbau am Gymnasium, den Radwegeausbau und noch manche andere sinnvolle Investitionen, die Herr Kampmeier ja in aller Ausführlichkeit überschwänglich dargestellt hat – wobei es sich dabei natürlich meist um Pflichtaufgaben handelt. Dennoch: Das ist für die Bildung der Kinder und Jugendlichen von großem Wert.

Ebenfalls begrüßen wir den geplanten Wegfall einer Beigeordneten-Stelle und der Amtsleiterstelle ab 2014.

Wir würden es auch begrüßen, bei der voraussichtlichen Abnahme der Einwohnerzahl unter die 50.000er-Grenze die Zahl der Ratsmitglieder bei der nächsten Wahl so weit wie möglich zu verringern.

Der Stellenplan insgesamt und die weiteren geplanten Stellenkürzungen bzw. – nichtbesetzungen werfen bei uns viele Fragen auf und Sorgenfalten auf die Stirn: Waren etwa die Beschäftigten der Stadtverwaltung bisher nicht ausgelastet? Davon gehen wir nicht aus. Werden die Aufgaben weniger oder leichter, etwa durch technischen

Fortschritt oder optimierte Verwaltungsabläufe? Das wäre erfreulich. Natürlich wird dies aus dem Dschungel des Stellenplans nur schwer ersichtlich. Aber bei einer überdurchschnittlichen Kürzung der Stellen von knapp über 5% bei den Angestellten, bei der immer wieder formulierten „*Nichtbesetzung nach Ausscheiden eines Mitarbeiters*,“ wird es vor allem so sein, dass einfach dasselbe Quantum Arbeit auf weniger Schultern verteilt werden soll. Das erhöht die Belastung der Beschäftigung, fördert deren Unzufriedenheit und schädigt langfristig ihre Gesundheit.

Deshalb wird dieser Stellenplan von unserer Fraktion nicht mit getragen und wir hoffen, dass sich die Mitarbeiter der Stadtverwaltung gegen eine weitere Arbeitsverdichtung und / oder Abgruppierung wehren.

Aber es gibt noch ein Positivum: Endlich wird die von uns bereits für die beiden vergangenen Haushaltsjahre geforderte Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes verwirklicht. Hätten wir dies schon vor zwei Jahren beschlossen, könnte der aktuelle Schuldenstand deutlich niedriger sein. Aber offenbar zählt die Frage, ob eingebrachte Vorschläge sinnvoll sind, weniger als die Frage danach, wer sie eingebracht hat.

Das sind die wichtigsten positiven Aspekte des Haushalts, die aus unserer Sicht hier hervorzuheben sind. Blicke noch zu erwähnen, dass die Mitarbeiter der Finanzverwaltung gründlich und solide gearbeitet haben, um uns diesen Haushalt vorzulegen. Ihnen allen Respekt und vielen Dank! Für die Vorgaben, die Sie mit ihrem akribischen Zahlenwerk umsetzen müssen, sind sie ja nicht verantwortlich.

Womit wir bei den Vorgaben wären, Stichwort: Haushaltssicherungskonzept (HSK).

Blickt man über die Jahre der verschiedenen HSK zurück, so springt ins Auge, dass stets ein ausgeglichener Haushalt als reines Wunschbild für die Zukunft schön gerechnet wurde. War es im Jahr 2007 die Fata Morgana vom „ausgeglichene Haushalt 2011“, so war es 2010 – also nach der Weltwirtschafts- und Finanzkrise - das Jahr 2014, und heute ist es das Jahr 2016, indem dieses hehre Ziel erreicht sein soll. Mal ehrlich: Glaubt irgendjemand in diesem Saal daran, dieses Ziel mit diesen Mitteln zu erreichen?

Noch nicht einmal die Landesregierung glaubt es. Deshalb wurde ja die gesetzliche Grundlage dahingehend geändert, dass nun erst nach 10 statt bisher nach vier Jahren

ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden muss. Klar – bei diesen langen Zeiträumen kann man einfacher Schönrechnen. Mit der Realität hat das freilich herzlich wenig zu tun!

Es ermöglicht nur, die ohnehin kaum mögliche Ausgleichung des Haushalts auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Soll dies ein Fortschritt sein?

Nun wurde uns, die wir Beitragserhöhungen oder Gebührenerhöhungen stets ablehnen, verschiedentlich von Mitgliedern der SPD-Fraktion entgegengehalten: „Wir tragen ja verschiedene Maßnahmen nur mit, um nicht in den Nothaltshalt zu kommen und so das Schlimmste von der Bevölkerung wegzuhalten, bis es dann wieder besser wird!“ Das mag ehrlich gemeint sein.

Diese Berufung auf das angeblich „kleinere Übel HSK“ haben **wir** zum Anlass genommen, diese ganzen Vorschriften genauer unter die Lupe zu nehmen, die dazu führen, den Gemeinden ein HSK bzw. einen Nothaushalt aufzuzwingen.

Rückblende: Zunächst wird in NRW 1987- angeblich als „Konsolidierungsinstrument“ - das Prinzip des HSK eingeführt und später von mehreren Bundesländern übernommen. Später wird den Großkonzernen durch die Schröder-Fischer-Regierung ermöglicht, ihre Steuerzahlungen gegen Null zu fahren. Und mit der Einführung der Hartz-Gesetze in großem Stil Sozialausgaben, die der Bund beschlossen hat, auf die Kommunen abgewälzt. Dies widerspricht dem Konnexitätsprinzip, wonach der die Musik bezahlen soll, der sie bestellt hat.

Heute stehen wir vor der Tatsache, dass inzwischen knapp 50 % aller NRW-Kommunen ein HSK oder - in wachsender Zahl - sogar schon einen Nothaushalt haben. Das zeigt deutlich, wie wenig dadurch konsolidiert, oder, um es mit Herrn Kampmeiers (SPD) Lieblingswort zu sagen, „zukunftssicher“ gemacht wurde.

Zudem ist das Prinzip des HSK rechtlich umstritten.

Prof. Dr. Oebbecke von der Uni Münster schreibt in einer Studie zum HSK:

*„So ist beispielsweise ungeklärt, (...) ob die haushaltsrechtlichen Vorgaben mit der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie in Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG und Art. 78 LVerf NRW in Einklang stehen.“*

(Quelle: <http://www.jura.uni-muenster.de/index.cfm?objectId=F028A916-A30B-4C14-E6ABFA11C68936CE>)

Anders ausgedrückt: Der Knebel „HSK“ raubt den Kommunen vollends die grundgesetzlich festgelegte kommunale Selbständigkeit, weil er sie zu dem völlig untauglichen Versuch zwingt, den angehäuften Schuldenberg auf Kosten und zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit **vielleicht** um ein Jota zu mindern. Die freiwilligen Leistungen bleiben fast oder ganz auf der Strecke, im vorliegenden Haushalt liegen sie bei etwa nur noch 1,5 % des Gesamtetats. Das widerspricht der Maßgabe der Verwaltungsgerichtshöfe mehrerer Bundesländer, dass den Kommunen im Sinne kommunaler Selbstverwaltung mindestens 5 – 10% des Gesamthaushaltes für die Durchführung freiwilliger Leistungen zur Verfügung stehen müssen.

Stattdessen wird die Verschuldung der Kommunen auf die Spitze getrieben, indem das NKF ermöglicht, das als Buchwert ausgewiesene Eigenkapital zu verzehren.

So sollen laut vorliegendem Haushaltsentwurf die Kassenkredite noch weiter steigen, auf 80 Mio. € und darüber hinaus. Bei einem Gesamthaushalt von rund 120 Mio. € entspräche dies einer Verschuldungsquote von fast 70 % und trotz derzeit sehr niedriger Zinssätze 1,8 Mio. € Zinszahlungen. Geld, das für andere Aufgaben dringend fehlt. Stiegen die Zinsen nur um 1,2 Prozentpunkte, würde sich der Zinsdienst um rund 1 Mio. € erhöhen. Das ist ein unkalkulierbares Risiko. Das ist die „finanzpolitische Geisterfahrt“, die Sie, Herr Kampmeier, ausgerechnet uns vorwerfen! Zumal ab 2013 das so genannte „*Basel III-Abkommen*“ zum Ranking der Kommunen in die Tat umgesetzt werden soll. Die NRZ vom vergangenen Montag berichtete darüber und zitiert den Essener Kämmerer Lars Martin Klieve: *„Viele Kommunen würden mehr für ihre Kredite bezahlen, manche sehr viel mehr und nicht eine Stadt weniger.“* (NRZ 12.12.2011)

Es ist also Vorsicht geboten, denn die Stadt Bergkamen wird bei einem solchen Ranking wohl kaum das Triple-A bekommen.

Da die Kassenkredite real ohnehin die 60 Mio.-Marke bisher nicht überstiegen, kann der Höchstbetrag auch in dieser Höhe festgelegt werden, wie unser Antrag dies vorschlägt. Und zwar ohne dass dann die Kinder in der Schule kein Essen mehr bekommen, wie es verschiedentlich von meinen Vorrednern als an die Wand gemalt wurde.

Alles in allem wird mit dem HSK rein gar nichts „zukunftsicher“ gemacht. Ein Begriff

übrigens, der ein ähnliches Totschlagsargument ist wie Frau Merkels „alternativlos“ und vielleicht als Unwort des Jahres 2011 eine Chance hätte.

Zukunftssicher wird das Ganze erst, wenn die Bevölkerung, vor allem die Jugend, dieses Spiel nicht mehr mitmachen und sich darauf berufen:

***Die Wirtschaft muss den Menschen dienen!***

**Wir jedenfalls tragen prinzipiell einen solchen HSK nicht mit, der die Schuldenmacherei auf Kosten und zu Lasten der Bevölkerung organisiert!**

Wir sind sicher, dass es eine Lösung oder Linderung der Krise der Kommunalfinanzen bestenfalls dann geben kann, wenn nach einem Schulden- und Zinsmoratorium die Städte und Gemeinden auf der Grundlage einer komplett geänderten Gemeindefinanzierung neu beginnen können.

Darauf zielt unser Entschließungsantrag ab.

Dennoch haben wir auch konkrete Anträge zum Haushalt gestellt. Die Kritik, dass die Anträge sehr spät kamen, ist durchaus richtig, aber sie trifft nicht nur unsere Fraktion, wie dies von Seiten der SPD fälschlicherweise dargestellt wurde. Und im Übrigen sollten Sie, Herr Kampmeier sich da etwas zurücknehmen. Schließlich hat es ja die SPD, die nicht nur Mehrheitsfraktion ist, sondern auch so gut wie alle Posten in der Verwaltung besetzt, nicht nötig, Anträge zu. Und bei der kurzen Zeit von weniger als einem Monat zwischen der Einbringung des Haushalts und seiner Verabschiedung ist es für uns, die wir keine Berufspolitiker sind, fast unmöglich, die Beratung und Antragstellung schnelle zu leisten. Die Kritik fällt also auf Sie zurück und wir sollten daraus die Konsequenz ziehen, die Fristen in Zukunft deutlich zu verlängern.

Doch nun zu den Anträgen.

Die Absicht, „*durch eine bedarfsgerechte Anpassung der 45-Stunden-Buchungen*“ die Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen um vergleichsweise lächerliche 70.000 € pro Jahr zu reduzieren, halten wir für einen schlecht umschriebenen Angriff auf die frühkindliche Bildung.

Im Klartext heißt das nämlich, dass vor allem sozial schwache Familien, die aufgrund ihres niedrigen Gesamteinkommens von der Beitragspflicht befreit sind, dazu gedrängt werden sollen, auf die 45-Stunden-Buchung zu verzichten.

Diese Maßnahme widerspricht allen pädagogischen Erkenntnissen. Gerade sozial benachteiligte Kinder profitieren überdurchschnittlich viel von frühkindlichen Bildungsangeboten. Ist es Ihnen, meine Damen und Herren, denn lieber, später für die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen, die nie lernen konnten, ihr Leben zu meistern, Millionen aufzubringen, anstatt ihnen möglichst früh alle erdenklichen Hilfen zu geben, ihren Weg zu finden?

Die Maßnahme ist zudem auch finanziell absolut kurzsichtig. So kommt die umfangreiche Studie der Bertelsmann-Stiftung *„Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland“* zu dem Ergebnis, dass

*„der Krippenbesuch eines Kindes volkswirtschaftliche Nutzeffekte auslöst, die rund dreimal so hoch sind wie die Kosten für den Krippenbesuch. (S. 6) (...) Insgesamt ergibt sich ein durchschnittliches Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1 zu 2,7. Wirtschaftlich gesprochen entspricht dies einer langjährigen Verzinsung der Investitionen in Form von Krippenkosten zu jährlich 7,3 Prozent.“ (S. 71 ff.)*

Dem ist nichts hinzuzufügen und wir können nur hoffen, dass die betroffenen Eltern einen Strich durch die im HSK aufgemachte Rechnung machen. Wir werden sie nach Kräften dabei unterstützen. Schließlich muss ja der Haushalt den Menschen dienen!

Interessant ist an den ganzen HSK-Vorschriften ja auch: Während z.B. für Investitionen im Bereich der freiwilligen Aufgaben keine Kredite aufgenommen werden dürfen, ist dies für Investitionen wie denen für den Logistik-Park A2, den wir auch aus ökologischen Gründen ablehnen, oder die Wasserstadt, also für Investitionen, bei denen immer irgendwelche Unternehmen satte Gewinne erzielen, problemlos möglich. Dabei ist keineswegs sicher, ob z.B. die Investitionen für die Erschließungskosten an der B 61 in Höhe von rund 8 Mio.€ am Ende beim erhofften Verkauf der Fläche an einen möglichen Investor tatsächlich als Erlös erzielt werden. Übernimmt eigentlich irgendjemand die Verantwortung, wenn die Stadt am Ende auf einem mehr oder weniger großen Fehlbetrag sitzen bleibt? Oder heißt es dann einfach: „Pech gehabt“ - und die Bürger müssen dafür bluten?

Ähnlich verhält es sich mit der Wasserstadt Aden. Noch weiß niemand, ob am Ende nicht doch mehr als die 5 Mio. Eigenanteil auf die Stadt zukommen, wie jetzt im HSK veranschlagt.

Im Übrigen sehen wir in diesem ganzen Projekt nicht gerade das, was die Bergkamener Bevölkerung unbedingt braucht in Zeiten, in denen an allen Ecken und Kanten gekürzt wird.

Eine Radstation halten wir zwar auch nicht für zwingend notwendig, aber doch für sinnvoll. Den Antrag der CDU, der auf darauf abzielt, den Bau der Radstation zu verschieben, tragen wir nicht mit. Er ist getragen von der Einstellung, die Frau Middendorf vorher mit *„es ist einfach kein Geld da, also muss gespart werden“*, umschrieb. Nein Frau Middendorf, Geld ist genügend da, es ist nur an den falschen Stellen und „gespart“ wird ohnehin immer nur beim Bürger. Für eine Investition wie die Radstation, die den Menschen nützt und ökologisch sinnvoll ist, sollten also noch 150.000 € drin sein.

Was wir für absolut notwendig und existentiell betrachten, sind Umweltinvestitionen! Sicher haben wir in Bergkamen hier bereits einige begrüßenswerte Maßnahmen ergriffen, wie z.B. die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude in Verbindung mit Solardächern oder den Strombezug aus regenerativen Energien. Aber den Ansatz *„Maßnahmen allgemeiner Umweltschutz“* halten wir für viel zu gering. Eigentlich hätten wir ja von der Fraktion Grüne/GAL erwartet, dass sie, die doch einst für Umweltschutz angetreten ist, hier einige Anträge stellen würde. Aber offenbar ist sie mit der Umweltsituation und dem, was wir konkret zur Bewahrung und Verbesserung der menschlichen Lebensgrundlagen tun, vollkommen zufrieden. Wir nicht!

Natürlich haben Sie, Frau Lohmann-Begander, recht, wenn Sie sagen: *„Bergkamen ist keine Großstadt!“* Aber warum lehnen Sie deshalb unseren Antrag ab? Meinen Sie denn, nur in Großstädten sei der Feinstaub ein Problem? Es ist davon auszugehen, dass die Feinstaubbelastung auch in Bergkamen gesundheitsschädlich ist und wir halten es für sinnvoll, wenn Bevölkerung, Rat und Verwaltung wenigstens erstmal genau wissen, wie es mit der Luftbelastung aussieht. Deshalb stellen wir erneut den Antrag, dem Beispiel der Nachbarstädte zu folgen und eine Feinstaubmessanlage zu installieren und zu betreiben. Nach Auskunft des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) belaufen sich die Anschaffungskosten auf rund 50.000 €, die

jährlichen Folgekosten sind deutlich niedriger. Das sollte uns unser aller Gesundheit Wert sein!

Für ebenso dringend und sinnvoll halten wir Investitionen in und für die Jugend! Deshalb haben wir wieder beantragt, geeignete - möglichst vorhandene städtische - Räume bereitzustellen und zu unterhalten, sowie eine zusätzliche Sozialarbeiter/Innen-Stelle einzurichten, um die Jugendlichen zu begleiten und zu beraten. Gerade weil dieser Bedarf, Herr Kampmeier, eben nicht durch die bestehenden Jugendhäuser abgedeckt ist, haben ja die SV-Sprecher dies in ihrem Forderungskatalog an das Jugendforum herangetragen. Aber ehe mal wieder jemand auf die Idee kommt, unseren Antrag mit dem Totschlag-Stempel „Populismus“ abzutun, sei angemerkt: Unabhängig von den SV-Schülern und schon seit Jahren fordert BergAUF die Einrichtung eines Jugendtreffs, in dem die Jugendlichen sich ohne Konsumzwang und außerhalb irgendwelcher Veranstaltungen zwanglos treffen können.

Bei den so eingesetzten Mitteln verhält es sich ähnlich wie bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung. Wir sollten den Jugendlichen mehr Gelegenheit geben, sich mit Ihresgleichen zu treffen, sich auszutauschen, voneinander zu lernen, gemeinsam und kreativ die Freizeit und ihr Leben zu gestalten. Das ist aus neurobiologischer Sicht das Allerwichtigste für eine gesunde Entwicklung junger Menschen. Also besser frühzeitig den Kindern und Jugendlichen helfen, ihre immer komplizierter werdenden Alltagsaufgaben zu bewältigen, als später darüber jammern, wenn Millionen für **die** Kinder und Jugendlichen aufgebracht werden müssen, die ihr Leben in der Familie nicht in den Griff kriegen und in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht werden müssen. Der Antrag der FDP-Fraktion in diesem Bereich setzt zwar nicht an den Ursachen dieses Problems an, aber wenn durch die geforderte interkommunale Zusammenarbeit verbessert und mehr Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden kann, in Pflegefamilien statt in Heimen zu leben, so halten wir das für durchaus sinnvoll, zumal dabei Mittel für andere Aufgaben frei werden.

Zum Beispiel Mittel für die antifaschistische Bildung und Aufklärung. Wir möchten anregen, unter Führung des Jugendamtes in den Jugendeinrichtungen gezielt und kontinuierlich die antifaschistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu verstärken und diese Aufgaben nicht alleine von den Schulen zu erwarten. Wie notwendig dies ist,



unterstreichen der neofaschistische Angriff auf die SPD-Zentrale in Lünen, der brutale Terror der Nazibanden, der Plan der Neofaschisten, am 1. Mai in Dortmund aufzumarschieren, und noch viel mehr. Gerade in Zeiten wachsender Not und Armut – das lehrt die Geschichte – macht sich diese braune Brut wieder stark und bietet scheinbare Auswege an, für die Jugendliche teils empfänglich sind. Dem gilt es frühzeitig entgegenzutreten.

Und wenn wir gerade beim Thema Antifaschismus sind: Es ist ein dringendes Anliegen der Fraktion und aller Mitglieder von BergAUF, Ihnen, Herr Sparringa, (Grüne/GAL) ins Stammbuch zu schreiben: Wir haben ihre perfiden Ausfälle gegenüber BergAUF, die sich hier im Rat in verbalen Entgleisungen vor allem gegenüber meiner Person äußern, ausgesprochen satt! Gipfel Ihrer Hetze, einer Mischung von plumpem und modernem Antikommunismus entsprungen, war der Vorwurf im Rahmen der letzten Ratssitzung, ich würde den braunen Banden Vorschub leisten und die Neofaschisten sogar fördern, weil ich im Auftrag der Fraktion beharrlich für die Namensänderung der Agnes-Miegel-Straße eintrat. Damit verunglimpfen und beleidigen Sie mit uns auch tausende von antifaschistisch eingestellten Menschen verschiedenster Parteien in Deutschland, Bürgermeister, Anwohner, Schüler, Professoren usw., die bereits die Umwidmung von Straßen, Schulen und Plätzen durchgesetzt haben, die diesen Nazi-Namen trugen. Der Anstand würde es gebieten, sich für diese Entgleisung zu entschuldigen. Wir werden in Zukunft ganz entschieden gegen solche Ausfälle vorgehen, die uns in irgendeiner Weise mit den Nazis vergleichen oder gleichsetzen. Schließlich haben wir in unseren Grundsätzen ausdrücklich den antifaschistischen Charakter des überparteilichen Bündnisses verankert und sind in dieser Hinsicht vielfältig aktiv. Das können Ihnen ihre eigenen Fraktionsmitglieder bestätigen.

An Sie, Herr Bürgermeister, möchte ich appellieren, solche beleidigenden Äußerungen in Zukunft zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass der Umgang hier demokratischen Gepflogenheiten auf dem Niveau einer zivilisierten Gesellschaft entspricht. Nur so kann – bei allen politischen Differenzen - eine sachliche Auseinandersetzung auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung erfolgen.

Zurück zum Haushalt. So exakt er auch ausgearbeitet ist, stellt er doch einen untauglichen Versuch dar, die strukturelle Krise der Kommunalfinanzen hier in

Bergkamen auf Kosten und zu Lasten der Bevölkerung zu dämpfen. Musikschule, Büchereien und VHS-Kurse teurer, Eintritt fürs Stadtmuseum, Jugend- und Kinderbildungsmaßnahmen gekürzt, Anhebung der Grundsteuer...

Rasante Zunahme der Kassenkredite mit erhöhten Zinszahlungen an die Banken und Millioneninvestitionen für Prestigeprojekte. Auf zu noch mehr Schulden!

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen!

Das ist ja wohl auch nur ein Wunschtraum. Schließlich lernen es alle Berufsschüler in Deutschland anders!

In dem von den großen Wirtschaftsverbänden autorisierten Prüfungsbuch für Wirtschaftskunde, steht die Prüfungsfrage: „Zu welchem Zweck wird eine private Unternehmung gegründet?“ Von den meisten Prüflingen wird die falsche Lösung angekreuzt, weil da so schöne Antworten angeboten werden wie „Schaffung von Arbeitsplätzen“ oder „Herstellen von Gütern“ ... „ usw. Die gewünschte richtige Antwort aber ist knapp und klar: „Erzielen von Gewinn.“

Tja, Frau Merkel, bis die Wirtschaft den Menschen dient, wird noch viel Wasser und vergiftetes Abwasser die Lippe runter fließen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!